

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorsicht u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabeorten und Filialen monatl. 3,50 zł. mit Zustellgeld 3,80 zł. Bei Postbezug monatl. 3,89 zł. vierteljährlich 11,66 zł. Unter Streifenband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Nr. 149

Bromberg, Mittwoch, den 1. Juli 1936.

60. Jahrg.

Forsters Vorstoß gegen Lester. Eine halbamtliche reichsdeutsche Stellungnahme.

Die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ befaßt sich in längeren Ausführungen mit den durch den Artikel des Gauleiters Forster über das Wirken des Völkerbundkommissars Lester in Danzig aufgeworfenen Fragen. Die Korrespondenz stellt fest, daß der Völkerbund und einen schweren Verlust an Ansehen im politischen Urteil der Welt erlitten habe. Der Unmut über das Verhalten des Genfer Bundes sei nur zu berechtigt. Seiner Idee nach zur Wahrung des Friedens und zur Schlichtung und Vermittlung im internationalen Leben berufen, habe er des öfteren leider gerade die entgegengesetzte Rolle gespielt und eher zur Beunruhigung und Verschärfung beigetragen. So sei es im Abessinien-Konflikt gewesen und so auch vorher schon an der Saar, wo der Völkerbundvertreter einen erstaunlichen Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen und politischem Weitblick verraten habe.

Es sei immerhin einigermaßen erschütternd gewesen zu sehen, wie es schließlich des Eingreifens kluger Persönlichkeiten bedurfte, um in letzter Stunde gefährliche Verwicklungen zu verhüten und eine Lösung zu ermöglichen, für die der Völkerbund und sein eigentlicher Exponent an der Saar jedes Verständnis hätte vermissen lassen.

Man hätte erwarten können, daß das Institut in Genf aus diesem eklatanten Versagen an der Saar und seinen dort begangenen Irrtümern die entsprechenden Lehren gezogen hätte. Um so unverständlicher sei es, so schreibt die amtliche „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“, daß sich im Falle Danzig ähnliche Dinge zu wiederholen scheinen, und daß der dortige Vertreter des Völkerbundes in Verkennung seiner eigentlichen Aufgabe offenbar eine Rolle zu spielen gewillt sei, die die Nützlichkeit des Völkerbundes für solche Aufgaben nur erneut bezweifeln lasse.

„Es ist nicht das Verdienst des Völkerbundes, daß in Danzig jene Probleme und Streitfragen, derenwillen der Völkerbund als Garant der Freien Stadt eingesetzt und das Amt eines Hohen Kommissars geschaffen wurde, einer befriedigenden Rolle zugeführt werden konnten.“

Auch der Völkerbund hätte allen Anlaß gehabt, mit einer Entwicklung zufrieden zu sein, die ihn der Notwendigkeit enthebt, sich erfolglos mit komplizierten Streitgegenständen zu befassen und die im übrigen von segensreichen Folgen für den ganzen europäischen Osten waren. Nur mit Erstaunen konnte man daher beobachten, daß der Völkerbundkommissar seitdem eine Tätigkeit zu entfalten begann, die weder dem Ansehen seines Auftraggebers noch dem inneren Frieden Danzigs dienen konnte.

Die Danziger Innenpolitik ist ein besonders kompliziertes Gebilde, weil sie unter der Diskrepanz zwischen dem natürlichen Gang der Entwicklung und einer Verfassung leidet, die der Danziger Bevölkerung einst von außen gegen ihren Willen aufoktropiert worden ist.

Wenn der Völkerbundkommissar sich schon mit diesen komplizierten Dingen befassen zu müssen glaubt, dann hätte man wirklich erwarten dürfen, daß er sich in erster Linie um die Milderung und Überbrückung dieser Diskrepanz bemüht hätte. Man hatte aber schon lange den Eindruck, daß er es an dem nötigen psychologischen Einfühlungsvermögen und an dem notwendigen Abstand fehlte und sich statt dessen von ganz bestimmten Animositäten leiten ließ. Wenn man sich als Außenstehender auf den Buchstaben einer in vielen überholten Verfassung festlegt und das politische Leben in eine formalistische Zwangsjacke pressen will, anstatt zur Erleichterung beizutragen, dann kann allerdings Erbitterung und Verhärterung der Betroffenen über eine solche Bevormundung nicht ausbleiben. Sie ist um so begreiflicher, als dieses eigenartige Verhalten des Völkerbundkommissars praktisch nur zu einer dauernden Störung des Danziger Lebens und zu einer Erschwerung der Tätigkeit der verfassungsmäßigen Regierung führen kann, wenn es von deren Begnern als Rückenstärkung empfunden werden muß.

Ein Staatswesen mit einer viele Jahrhunderte alten Tradition und Kultur, wie sie Danzig eigen ist, braucht weder einen Gouverneur noch eine Gouvernante, und es muß deshalb der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß der Völkerbund von untauglichen Methoden abläßt, die am Ende gar zu der Frage führen müssen, ob der Völkerbund seine Aufgabe wirklich in der Förderung des Friedens oder etwa in der Stiftung von Unruhe sehen will.“

Diese deutsche offiziöse Stimme läßt eindeutig erkennen, daß der Vorstoß des Gauleiters Forster sich mit der Auffassung der maßgebenden politischen Stellen in Reich deckt.

Ein halbamtlicher polnischer Kommentar.

Die gesamte polnische Presse drückt zum Teil wörtlich den von der amtlichen polnischen Telegraphen-Agentur verbreiteten Artikel des Gauleiters Forsters aus der Danziger Presse ab.

Die Kommentare zu der Erklärung des Gauleiters über die Unterlassung des Besuchs beim Hohen Kommissar des Völkerbundes seitens der Führung des Kreuzers „Leipzig“

sind augenscheinlich amtlich inspiriert; denn sie decken sich inhaltlich in der „Gazeta Polska“, im „Głos Poranny“ und im „Kurjer Poranny“, also in den drei der Regierung nahestehenden Hauptblättern in Warschau, vollkommen. Am ausführlichsten, wenn auch der Tendenz nach durchaus nicht verändert, ist der Kommentar der dem Außenministerium besonders nahestehenden „Gazeta Polska“, den wir in wörtlicher Überetzung folgen lassen. Das Blatt schreibt:

„Wir legen dem Artikel des Herrn Forster keine größere Bedeutung bei und übergehen deshalb seine eigenartige — sagen wir — Auffassung der Gründe, welche seiner Ansicht nach zur Schaffung Danzigs als Freie Stadt führten, die in besonderen Rechtsbeziehungen zum Völkerbund steht. Die Bedeutung der Ausführungen des Herrn Forster verringert nämlich der Herr Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Greiser, selbst, dessen zahlreiche Erklärungen in klarem Gegensatz stehen mit dem obigen Artikel des Führers der Danziger Nationalsozialisten. In den internationalen Beziehungen müssen die Erklärungen und das Auftreten der offiziellen Faktoren maßgebend und für ihre Autoren bindend sein. Der offizielle Faktor in Danzig ist Herr Greiser und nicht Herr Forster. Der Präsident der Freien Stadt hat mehrfach in der letzten Zeit Erklärungen über die Loyalität des Senats gegenüber dem Völkerbund sowie die Verpflichtung der Beachtung des Schutzes und der Ausführung der Vorschriften des Statuts der Freien Stadt abgegeben.“

Jedoch, wenn man den Artikel des Herrn Forster liest, so kann man ihm kaum Unrecht geben, wenn er von Danzig in der Vergangenheit vor kurzer Zeit als von einem „Pulverfaß“ schreibt. Tatsächlich war Danzig bis zum Jahre 1933 ein nervöser Punkt in Osteuropa, und polnisch-Danziger Fragen fanden sich fast auf jeder Sitzung des Völkerbundesrates.

Der jetzige Konflikt, der entstanden ist, weil der Führer des deutschen Kriegsschiffes dem Hohen Kommissar des Völkerbundes seinen Besuch abkattete, ist eine Frage zwischen Berlin und Genf.

Wenn es anders wäre, so sind wir sicher, daß diese Frage von den eigentlichen verantwortlichen Kreisen eingehend geprüft und geklärt werden würde; denn unsere Interessen in Danzig müssen und werden gesichert werden und dürfen nicht angetastet werden.“

Bemerkenswert ist, daß mit derselben Begründung, nämlich, daß Gauleiter Forster in Danzig keine amtliche Persönlichkeit sei, auch die anderen polnischen Blätter erklären, man dürfe die Erklärung zu dem Konflikt mit dem Hohen Kommissar in ihrer Bedeutung nicht überschätzen.

Das beweist, daß man auf polnischer Seite anscheinend gewillt ist, die einmal eingeschlagene Richtung, Polen möglichst aus dieser ganzen Angelegenheit herauszuhalten, weiter beibehalten will. Polen will anscheinend in der ganzen Angelegenheit seine Uninteressiertheit betonen und sie auf eine Basis abschieben,

Katholikentag in Bromberg.

Der Kardinal-Primas von Polen warnt vor dem Kommunismus.

Am 28. und 29. Juni fand in Bromberg ein Eucharistischer Kongress statt, der die Gläubigen der katholischen Kirche in Großpolen in Massen vereinigte. Die Teilnehmerzahl an dieser Tagung wird auf 10 000 bis 16 000 Personen geschätzt. Das letzte katholische Tagung in Bromberg fand vor 15 Jahren statt, also unmittelbar nach jenem Ereignis, das in Polen mit dem „Wunder an der Weichsel“ bezeichnet wird. Der Katholikentag in Bromberg nahm den Charakter einer großen religiösen Kundgebung an, die unter die Parole „Christus segnet die Familie“ gestellt worden ist.

Zur Ehrung der auswärtigen Gäste, insbesondere des

Kardinal-Primas von Polen D. Slond

war die Stadt mit den päpstlichen und nationalen Flaggen festlich geschmückt. Von der höheren Geistlichkeit nahmen außer dem Kardinal die Bischöfe Dymek und Sautki teil. Die Regierung war durch den Wojewoden von Polen Maruszewski und durch die örtlichen Behörden u. a. durch den Burgstarosten von Bromberg, Herrn Stefanicki, den Stadtpräsidenten, Herrn Barciszewski, und durch Vertreter der Militärbehörden vertreten.

Die erste Begrüßung des Kardinal-Primas D. Slond erfolgte an der Kreisgrenze am Jesuitensee durch den Bromberger Starosten Stefanicki. Nach einer kurzen Andacht in der Kirche am Jesuitensee erfolgte die Weiterfahrt im Kraftwagen nach Bromberg. Unterwegs holte eine Radfahrabteilung der katholischen Jugendverbände den hohen Gast ein. Von der Stadtgrenze ab gab eine Schwadron des 16. Ulanen-Regiments dem Kardinal-Primas D. Slond das Ehrengeläut. Die Fahrt durch die Straßen der Stadt zum Friedrichsplatz gleich einem Triumphzuge. Hier wurde der Kardinal-Primas vom Stadtpräsidenten Barciszewski mit herzlichen Worten begrüßt. Auf einem besonders errichteten Podium auf dem Friedrichsplatz nahmen u. a. auch der Präses der katholischen Aktion Polens, der ehemalige Wojewode von

auf der nur von einer Auseinandersetzung zwischen Deutschland und dem Völkerbund die Rede sein kann.

Kreuzer „Leipzig“ verläßt Danzig.

Am Sonntag abend um 1/7 Uhr verließ der deutsche Kreuzer „Leipzig“ die Gewässer der Freien Stadt Danzig, nachdem seine Mannschaft tagelang von den Danzigern begeistert gefeiert und sein wundervoller Bau tagaus, tagein bewundert worden war. Eine vielstündige Menschenmenge gab dem ausreisenden Kriegsschiff bis zur letzten Welle das Geleit. Noch niemals wurde ein ausfahrender Kreuzer in solcher Weise gefeiert.

Am Sonnabend mittag hatte der Generalkommissar der Republik Polen, Minister Dr. Papée für das Offizierkorps des Kreuzers „Leipzig“ ein Frühstück gegeben, an dem auch Vertreter des Danziger Senats, der deutsche Generalkonful sowie die Offiziere des polnischen Kriegsschiffes „Magyar“ teilnahmen, das — nach einer Meldung der „Gazeta Polska“ — im Danziger Hafen stationiert worden ist.

Bericht
über die Bromberger Regatta
und weitere Sportmeldungen
in der Beilage!

Minister Roman in Danzig.

Danzig, 30. Juni. (Von unserem Danziger Mitarbeiter.) Der polnische Minister für Handel und Gewerbe Roman stattete heute vormittag um 11 Uhr dem Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, Greiser, einen offiziellen Besuch ab. Minister Roman, der von Gdingen her kam, wo er am polnischen Fest des Meeres teilgenommen hatte, wird beim diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Minister Dr. Papée, Wohnung nehmen. Der Präsident des Senats wird den Besuch des polnischen Ministers noch im Laufe des Vormittags erwidern. Nachmittags um 16.30 Uhr hat Präsident Greiser den polnischen Minister zu einem Besuch des Danziger Hafens eingeladen, und abends gibt der Senatspräsident im rechtsstädtischen Rathaus in der Langgasse zu Ehren des Ministers Roman ein Festessen. Vom Rathaus wird Präsident Greiser mit seinen Gästen nach dem Kasinohotel in Zoppot fahren, wo die Kommission für Außenhandel ein Essen mit anschließendem Empfang veranstaltet. Im Zoppoter Kasino-Hotel tagt bekanntlich zurzeit die Warschauer zentrale Einfuhrkommission. Vom Bahnhof Zoppot aus wird dann Minister Roman noch heute mit dem Nachtzuge die Rückfahrt nach Warschau antreten.

Posen. Graf Adolf Buniński, und der Präses der katholischen Aktion Großpolens Dr. Paruszewski teil.

Der Kardinal-Primas von Polen begab sich sodann mit der übrigen Geistlichkeit und den Ehrengästen in die am Friedrichsplatz gelegene Alte Pfarrkirche. Nach einem Gottesdienst erschien der hohe kirchliche Würdenträger Polens wieder auf dem Friedrichsplatz, wo er dem versammelten Volke seinen Segen erteilte.

Die Tagung.

Die eigentliche Tagung fand unter freiem Himmel im Garten des Schützenhauses statt. Die Tagung wurde eröffnet von dem Vorsitzenden der katholischen Aktion Großpolens Dr. Paruszewski, der in herzlichen Worten den Kardinal-Primas D. Slond sowie alle Vertreter der geistlichen und weltlichen Behörden begrüßte. Zum Marschall der Tagung wurde daraufhin der Präsident des Bromberger Bezirksgerichts Leon Plejewski und zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums Dr. Gantkowski, Dr. Górnicki, zwei Beisitzer und drei Sekretäre gewählt. Der Marschall der Tagung verlas sodann ein vom Papst zu Händen des Kardinal-Primas von Polen eingegangenes Telegramm, in welchem der Papst dem Verlauf der Tagung seinen besonderen Segen erteilt. Das Telegramm war von Kardinal-Staatssekretär Pacelli unterzeichnet. Es wurde von dem versammelten Kongress stehend angehört. Daraufhin wurde beschlossen, ein Danktelegramm an den Papst zu schicken, in welchem die Liebe, Treue und der Gehorsam der katholischen Großpolens für den Dienst an der katholischen Kirche gelobt wird. Ein zweites Telegramm wurde an den Stadtpräsidenten gefandt.

Nachdem Domberr Stepczynski eine längere Rede gehalten hatte, ergriff Kardinal-Primas D. Slond das Wort zu einer bedeutenden Rede, in welcher er darauf hinwies, daß sich seit dem letzten katholischen Tag in Bromberg vor 15 Jahren zwar mancherlei geändert habe, daß damals wie heute Polen vor seinem größten Feinde, nämlich vor

Schweigen ist Gold!

Das Reichskabinett geht in die Sommerferien.

Das Reichskabinett trat am Freitag nachmittag zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen, um noch einige Gesetzesentwürfe rechtlicher und wirtschaftlicher Natur zu verabschieden.

Angenommen wurde ein Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, nach welchem einmal ein erweiterter Satz gegen Wehrmittelbeschädigung geschaffen wird, und ferner der Bruch der Amtsverschwiegenheit sowohl bei Beamten als auch bei nichtbeamteten Personen durch besondere Bestimmungen dem Strafrecht unterstellt wird.

Das bisher geltende Strafrecht kannte keine allgemeine Strafvorschrift gegen den Bruch der Amtsverschwiegenheit. Nur einzelne Fälle waren im Strafgesetzbuch oder in Nebengesetzen unter Strafe gestellt. Im Interesse der unbedingten Wahrung von Amtsgeheimnissen war jedoch eine Verstärkung des Strafschutzes nicht zu entbehren. Demgemäß enthält der Entwurf der amtlichen Strafrechtskommission, die unter Leitung des Reichsministers der Justiz, Dr. Gürtner, ein neues Strafrecht ausarbeitet, sowohl eine allgemeine Strafvorschrift gegen die Verletzung der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit als auch eine Reihe von Vorschriften, die darüber hinaus auf einzelnen Gebieten, wie z. B. für das Post-, Fernmelde- und Steuergeheimnis einen weitergehenden Strafschutz vorsehen. Schon vor Inkrafttreten des zukünftigen Strafgesetzbuches aber hat das nunmehr erlassene Gesetz die Lücke des bisher geltenden Rechts wenigstens für schwerste Fälle des Geheimnisbruchs durch Amtsträger geschlossen. Danach wird ein Beamter oder früherer Beamter, der unbefugt ein ihm bei Ausübung seines Amtes anvertrautes oder zugänglich gewordenes Geheimnis offenbart und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft. Einem Beamten steht eine für eine Behörde tätige Person gleich, die auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Dienstpflicht durch Handschlag oder zur Verschwiegenheit besonders verpflichtet worden ist. Die Tat wird nur mit Zustimmung der den Täter vorgesetzten Behörde verfolgt. Darüber hinaus ist eine Bestimmung in das Strafgesetzbuch aufgenommen worden, welche die unbefugte Weitergabe des Inhalts geheimer Schriftstücke oder vertraulicher Mitteilungen — auch durch Nichtbeamte — verbietet.

Am Schluß der Sitzung sprach der Führer und Reichskanzler den Mitgliedern des Reichskabinetts seinen Dank für die im ersten halben Jahre geleistete Arbeit aus und entließ die Kabinettsmitglieder mit den besten Wünschen in die Sommerferien.

Zentralstelle für weltanschauliche Gestaltung.

Der Beauftragte des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP Reichsleiter Alfred Rosenberg, gibt, wie die NSR mitteilt, folgendes bekannt:

Zum Zweck der Vertiefung und Sicherung der einheitlichen Formung der nationalsozialistischen Weltanschauung richte ich in meinem Amt eine Zentralstelle für weltanschauliche Gestaltung ein. Diese Stelle untersteht zunächst meiner persönlichen Leitung.

Die „Zentralstelle für weltanschauliche Gestaltung“ hat die Aufgabe, in enger gemeinsamer Arbeit mit den anderen Dienststellen und Gliederungen der NSDAP die der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprechende gedankliche Ordnung herauszuarbeiten und damit die Voraussetzungen auch für eine einheitliche nationalsozialistische Lebensgestaltung zu fördern.

Polen hebt die Sanktionen auf!

In der Privatsitzung des Völkerbunds hat der polnische Außenminister Beck angekündigt, daß er sich, da eine öffentliche Sitzung des Rats nicht stattfinden wird, erlauben werde, dem Ratsvorsitzenden ein Schreiben zu überreichen, in dem der Standpunkt Polens in der Sanktionsfrage dargelegt wird. In dem Schreiben, das am Abend durch eine Delegation dem Ratsvorsitzenden eingehändigt wurde, wird daran erinnert, daß die Sanktionen gegen Italien von jeder Regierung auf Grund ihrer souveränen Entscheidung im Zusammenhang mit dem Inhalt des Artikels 16 des Völkerbundespaktes eingeführt worden seien. Es unterliege daher keinem Zweifel, daß auch eine Entscheidung über die Aufhebung der Sanktionen ebenfalls unter Wahrung der Souveränität jedes einzelnen dem Völkerbund angehörenden Staates getroffen werden könne.

Nach einer kurzen Schilderung des Fiaskos, den die Sanktionen erlitten haben, wird in dem Schreiben zum Schluß betont, die Polnische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, die anderen Mitglieder von ihrer Entscheidung in Kenntnis zu setzen, daß Polen die Anordnungen, die es im Zusammenhang mit der Anwendung des Artikels 16 getroffen hatte, aufhebt. Gleichzeitig wird erklärt, daß dieses Fiasko der Kollektivaktion durchaus nicht den Willen der Polnischen Regierung beeinträchtigen werde, sich an allen Bemühungen des Völkerbundes als eines Werkzeuges der internationalen Zusammenarbeit zu beteiligen.

Die Neutralen gegen die Anerkennung der Annexion Abessinien.

In der Sitzung der Delegationen der sieben sogenannten „Neutralen Staaten“ (Schweiz, Dänemark, Norwegen, Holland, Finnland, Spanien und Schweden) wurde beschlossen, den Antrag auf Aufhebung der Sanktionen gegen Italien zu unterstützen, dagegen die Anerkennung der Annexion Abessinien durch Italien abzulehnen. Was die Reform des Völkerbundespaktes anbelangt, so vertreten diese Staaten den Standpunkt, daß eine gründliche Revision des Völkerbundesstatuts nicht erwünscht sei. Zu empfehlen sei dagegen eine andere Interpretation gewisser Artikel des Völkerbundesstatuts, deren Anwendung sich in der bisherigen Praxis als nicht wünschenswert herausgestellt hat.

Meldung in Rom.

Botschafter Dr. Wjsocki bei Außenminister Graf Ciano.

Die PA meldet aus Rom: Der polnische Botschafter Dr. Wjsocki suchte am Sonnabend abend den italienischen Außenminister Graf Ciano auf, um ihm den Beschluß des polnischen Ministerrats über die Aufhebung der Sühnemassnahmen gegen Italien mitzuteilen. Der Botschafter wies darauf hin, daß die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen von der Polnischen Regierung demnächst erlassen werden würden.

Außenminister Graf Ciano sprach dem Botschafter gegenüber seinen warmen Dank an die Polnische Regierung, insbesondere an den Minister des Auswärtigen Beck aus und versicherte den Botschafter der aufrichtigen Freundschaft des italienischen Volkes mit Polen.

Beck bei Delbos.

Der polnische Außenminister Beck trat am Sonnabend erstmalig mit dem neuen französischen Außenminister Delbos in Fühlung. Die Unterredung dauerte eine Stunde. Die Minister behandelten hierbei erschöpfend die Polen und Frankreich interessierenden Fragen.

Briefwechsel Jarecki—Kwiatkowski.

Im Anschluß an den bekannten Zwischenfall im Senat, bei dem Ministerpräsident Skladkowski und Finanzminister Kwiatkowski dem Senator Hajman-Jarecki gewisse Vorkommnisse gemacht hatten, hat dieser an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Kwiatkowski ein Schreiben gerichtet, das der Presse zur Kenntnis gegeben wurde. In dem Schreiben wird von dem konservativen Großindustriellen darauf hingewiesen, daß die Erklärung des Ministers im Senat den Eindruck habe hervorzurufen müssen, daß er, der Senator, Einkünfte verheimliche und ganz unbekannte Beträge an den Staatsschatz abführe. Senator Jarecki stellt fest, daß die auf ihn persönlich fallende Einkommensteuer jährlich etwa 30 000 Zloty betrage, und daß er diese Steuer bis jetzt stets pünktlich gezahlt habe. Auch die Steuern des Unternehmens, in dessen Vorstand er Vorsitzender ist, wurden pünktlich entrichtet; sie überschreiten jährlich den Betrag von 250 000 Zloty. Das Schreiben betont, daß der Minister die Möglichkeit habe, diese Behauptungen nachzuprüfen. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Minister seine im Senat ausgesprochenen Behauptungen berichtigen werde.

Dieses Schreiben wurde von Minister Kwiatkowski unverzüglich beantwortet. Das Antwortschreiben, das durch die Polnische Telegraphen-Agentur veröffentlicht wird, erhebt gegen Jarecki den Vorwurf, daß er im Senat Probleme angeschnitten habe, die den Gegenstand der von der Regierung mit den Auslandgläubigern geführten Verhandlungen bilden. Die Verhandlungen verfolgten das Ziel, die beste Lösung zu finden, die es ermöglichen würde, den bisherigen Weg der guten wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen mit dem Auslande fortzusetzen. Es sei im höchsten Grade unziemlich gewesen, daß ein Senator der Republik Polen und eine mit der Wirtschaftspolitik des Staates gut vertraute Persönlichkeit gerade unter solchen Bedingungen die erwähnte Frage im Parlament öffentlich berührt hat, zumal er sich darüber klar gewesen sein müsse, daß die Regierung während der mit dem Auslande geführten Gespräche auf die an sie gerichteten Fragen keine Antwort geben konnte.

„Unter Berücksichtigung dieser Umstände“, so heißt es in dem Schreiben weiter, „wie auch angesichts der Tatsache, daß in den Presseorganen der Gruppe, der auch der Senator angehört, in der letzten Zeit ein Pressefeldzug geführt wird, habe ich es für richtig gehalten, gewisse Tatsachen zu berühren, die diese Kampagne gehörig beleuchten.“ Minister Kwiatkowski schließt sein Schreiben mit der Mitteilung, daß er der Aufforderung, die Frage der Zahlung der Steuern durch Senator Jarecki zu prüfen, nachkommen und das Ergebnis der Prüfung, falls es der Senator wünschen sollte, zur öffentlichen Kenntnis bringen werde.

Der Marsch auf Myslenice im Sejm.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Im Sejm, der am Freitag die Abänderungsanträge des Senats zu einer Reihe von Gesetzesentwürfen erledigte, wurde auch eine Interpellation des Abg. Hyla in Sachen der Vorgänge in Myslenice vorgelesen, in welcher der Innenminister gefragt wird, in welcher Weise er der zersetzenden Aktion der Nationalen Partei auf dem Gebiet des ganzen Staates, insbesondere aber in Galizien ein Ziel zu setzen beabsichtige.

Der Ministerpräsident und Innenminister General Skladkowski gab hierzu eine

Erklärung

ab, in der er einleitend feststellte, daß die Vorgänge in Myslenice das höchste Gut, das Vertrauen des Bürgers zum Bürger, und das heilige Recht auf Nachtruhe, erschüttert haben.

Der Überfall auf die Behörden in Myslenice ist leider nicht von einem Banditen ausgeführt worden, der durch die Not und den Mangel an Brot dazu genötigt worden ist, sondern von einem gebildeten Menschen, einem Ingenieur, dem Vorsitzenden der Nationalen Partei, — denn es ist wahr, daß Herr Adam Doboszynski der Anführer war, der die Dorfbauern hetzt und zum Teil verführt hatte, ihm zu folgen, worauf er sie im Stich ließ; als man sie ergriff, hielt er sich in Pasty verborgen, wo nach ihm gefahndet wird.

Weiter erklärte der Ministerpräsident, daß natürlich die Schuldigen gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden würden, daß aber die Staatsverwaltung nicht darauf warten könne, sondern sofort gegen eine derartige Aktion, welche die Nationale Partei führt, einschreiten müsse. Was soll man aber tun, um die Sicherheit der Starosten und der Polizeiposten zu gewährleisten? Man werde doch den Prokurator nicht mit Drahtverhaken umgeben und die Starostengebäude nicht besetzen! „Ich will“, — sagte der Ministerpräsident — „daß die Polizeiposten und Starosten der Bevölkerung offen stehen; ich muß daher das Übel an der Wurzel packen.“ Der Ministerpräsident erklärte weiter,

daß er nicht die Bauernburschen, sondern die Vorsitzenden der Partei verfolgen werde.

„Zwei andere einflussreiche Mitglieder der Nationalen Partei in Krakau werden in Bereza eingesperrt werden“ — schloß der Ministerpräsident. (Dies ist inzwischen bereits geschehen. — D. Red.)

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde vom Sejm mit starkem Beifall aufgenommen.

Berkschärfung des Kampfes gegen den Kommunismus.

Föderation der Verbände der Vaterlandsverteidiger — die Grundlage der neuen politischen Gruppierung.

Die „Presse“-Agentur veröffentlicht aus Warschau folgende Meldung:

Seitdem Oberst Koc die Organisierung einer neuen politischen Gruppierung in die Hand genommen hat, gab es keine Informationen über den Gang der Arbeiten an der Bildung dieses Lagers. Es waren Gerüchte im Umlauf, daß als Grundlage für die Entwicklung der Organisation die Föderation der polnischen Verbände der Vaterlandsverteidiger verwendet werden sollte. Diese Gerüchte wurden von einer Seite dementiert, von der anderen Seite bestätigt. Jetzt ist eine Tatsache eingetreten, durch welche die Gerüchte ihre Bestätigung finden. Zum 1. Juli hat der Vorstand der Warschauer Föderation eine Sitzung nach dem Rathause einberufen, in welcher der Vorschlag besprochen werden soll, eine besondere Vereinigung zum planmäßigen Kampf gegen die kommunistische Tätigkeit zu bilden, einer Vereinigung, die auch der Propaganda von umstürzlerischen Lösungen entgegneten soll. Eine solche Aufgabe der neuen Organisation ist in einem Rundschreiben erwähnt, das an sehr viele Einwohner der Stadt Warschau verschickt wurde. Es handelt sich um den Versuch, die Keimzelle einer neuen politischen Organisation zu schaffen. Gelingt diese Initiative in Warschau, so soll die Föderation ähnliche Organisationen in ganzem Lande eröffnen, und auf sie wird Oberst Koc seine neue Organisation stützen.

Der „Dziennik Bydgoski“, der dieser Meldung der „Presse“-Agentur Raum gibt, vertritt den Standpunkt, daß die Föderation hier mit einer eigenen Initiative hervortritt, die mit der politischen Aktion des Obersten Koc nicht im Zusammenhange steht, der sich nach der Legionär-Tagung in Warschau, der Aufgabe unterzogen hatte, eine neue politische Gruppierung anstelle des früheren parteilosen Blocks der Zusammenarbeit mit der Regierung zu bilden. Soweit es sich allein um die Idee des Kampfes mit dem sich immer mehr breitmachenden Kommunismus in Polen handelt, so sei es natürlich, daß die Föderation in erster Linie dazu berufen ist. Die ganze Volksgemeinschaft werde bereit sein, ihrerseits die Initiative der Föderation zu unterstützen.

Wieder mit der Front nach dem Dorf.

Außerdem erfährt der „Dziennik Bydgoski“, daß die Regierung beschlossen habe, eine breite Aktion zu unternehmen mit dem Ziel, die Bauernmassen direkt — unter Ausschaltung der politischen Führer — zu gewinnen. Zur Erreichung dieses Zieles sei u. a. eine intensive Durchführung der Agrarreform beabsichtigt. Die Pargellierung des Großgrundbesitzes soll beschleunigt werden, wobei bedeutende Beträge zur Bewirtschaftung der Stedlungen ausgelegt werden sollen. Gleichzeitig sei beschlossen worden, die Lasten zu mildern, die bis jetzt durch die Landgemeinden zugunsten der Wohnungen für die Volksschullehrer getragen werden.

In manchen Regierungskreisen, so heißt es weiter, ist man der Ansicht, daß eine geeignete Preispolitik für landwirtschaftliche Artikel, eine energisch durchgeführte Agrarreform und die Verringerung der finanziellen Lasten der Landbevölkerung genügen würden, die breiten Bauernmassen für sich zu gewinnen. Das Blatt findet es bezeichnend, daß der Plan ausschließlich Wirtschaftsfragen umfaßt, und daß politische Probleme vollständig umgangen werden. (Stimmt das wohl? D. R.)

Berufung im Manjura-Prozess.

Am Dienstag war, wie aus Kattowitz gemeldet wird, die letzte Berufungsfrist für die im Prozess gegen die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterbewegung verurteilten Angeklagten abgelaufen. 40 weitere Angeklagte haben von ihrem Berufungsrecht Gebrauch gemacht, so daß nunmehr sämtliche Verurteilten Berufung eingelegt haben.

Weshalb der Wojewode von Stanislaw abberufen wurde.

Die Ursache des plötzlichen Rücktritts des Stanislawer Wojewoden Starzynski erklärt die polnische Presse durch folgendes Vorkommnis: In Struj brach ein Streik der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten aus. Wojewode Starzynski begab sich nach Struj und knüpfte dort einen Kontakt mit den Arbeitern an, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Ministerpräsident Skladkowski, dem die Nachricht von der Intervention des Wojewoden bei den Streikenden zu Ohren gekommen war, hielt dieses Verfahren für falsch, von der Voraussetzung ausgehend, daß mit staatlichen Angestellten keine Verhandlungen geführt werden dürften. Infolgedessen hat der Ministerpräsident und Innenminister General Skladkowski den Stanislawer Wojewoden von seinem Posten abberufen.

Ein polnischer Orden für Jan Kiepura.

Unlängst weihte der berühmte polnische Sänger Jan Kiepura in Krakau, wo er ein Konzert für den Fonds zum Van eines Nationalmuseums veranstaltete. Er wurde bei dieser Gelegenheit mit außerordentlicher Herzlichkeit gefeiert. Im Wojewodschaftsgebäude wurde ihm dann durch den Krakauer Wojewoden, Oberst Gnoinski, das ihm durch den Staatspräsidenten verliehene Offizierskreuz des Ordens Polonia Restituta feierlich überreicht. Die Auszeichnung erfolgte für die großen Verdienste, die sich der „singernde Botschafter“, wie Kiepura allgemein in Polen genannt wird, um die Propaganda der polnischen Kunst im Auslande erworben hat.

